



# Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Wülfrath

**Termin** Dienstag, 26.10.2010, 17:00 bis 19:53 Uhr

**Ort** Rathaus  
Großer Sitzungssaal

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

1	Regularien
1.1	Eröffnung der Sitzung
1.2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
1.3	Feststellung der Beschlussfähigkeit
1.4	Feststellung der Tagesordnung
2	Befangenheitsprüfung
3	Einwohnerfragestunde
4	Bürgerbegehren "Rettet die Stadthalle" Vorlage: 32-013-2010
5	Mitteilungen und Anfragen

# Protokoll

## Öffentlicher Teil

### TOP 1 Regularien

---

#### TOP 1.1 Eröffnung der Sitzung

---

Stellvertretender Bürgermeister Preuß eröffnet die Sitzung.

#### TOP 1.2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

---

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen worden ist.

#### TOP 1.3 Feststellung der Beschlussfähigkeit

---

Der Rat ist beschlussfähig. Die fehlenden Ratsmitglieder sind entschuldigt.

#### TOP 1.4 Feststellung der Tagesordnung

---

Folgende Tischvorlagen liegen vor:

### Öffentlicher Teil

#### TOP 4 Anträge der DLW-Fraktion zum Bürgerbegehren „Rettet die Stadthalle“ nebst Stellungnahme der DLW-Fraktion

Der 1. Antrag ist als Antrag zur Sache zulässig.

Über den 2. Antrag „Ratsbürgerentscheid“ kann in der jetzigen Sitzung nicht abgestimmt werden, weil er für die Behandlung in dieser Tagesordnung nicht rechtzeitig eingegangen ist. Der TOP kann erst zur nächsten Ratssitzung aufgenommen werden.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

### **Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	
Zustimmung	
Ablehnung	
Enthaltung	

### TOP 2 Befangenheitsprüfung

---

Stellvertretender Bürgermeister Preuß weist auf die Ausschließungsgründe gemäß § 31 GO NRW hin und bittet die Ratsmitglieder, im Falle einer Befangenheit, die Gründe hierfür jetzt oder spätestens vor Eintritt in die Beratung des entsprechenden Tagesordnungspunktes bekannt zu geben.



### **TOP 3** Einwohnerfragestunde

---

Herr Gerhold nimmt Bezug auf die Äußerungen von Ratsmitglied Peetz hinsichtlich seines Auftritts im WDR-Fernsehen in der Ratssitzung am 05.10.2010. Er fragt, ob die Fraktionen die Forderungen nach „arbeitsrechtlichen Konsequenzen“ billigen, da keine Fraktion den Äußerungen widersprochen habe. Desweiteren fragt er die Bürgermeisterin, warum sie nicht ein einziges Mal persönlich mit ihm gesprochen sondern Verbindung mit seinem Arbeitgeber aufgenommen habe.

Stellvertretender Bürgermeister Preuß und Herr Schneider antworten, dass die Bürgermeisterin aufgrund eines lange geplanten Urlaubs abwesend sei. Daher hatte sie in der letzten Ratssitzung den Termin am 19.10.2010 vorgeschlagen. An diesem Termin hätten die Vertreter des Bürgerbegehrens jedoch nicht teilnehmen können, so dass der Termin um eine Woche nach hinten –also in den Urlaub der Bürgermeisterin- verschoben werden musste.

Herr Schneider stellt richtig, dass die Bürgermeisterin in der Ratssitzung am 05.10.2010 gebeten wurde, mit der ev.-ref. Kirchengemeinde Kontakt aufzunehmen. Hierbei sollte die Frage geklärt werden, ob sich Herr Gerhold als Privatmann oder als Vertreter der Kirchengemeinde geäußert hat. Dieses Gespräch wurde von Bürgermeisterin Dr. Panke geführt. Keinesfalls gab es hierbei massive Interventionen hinsichtlich arbeitsrechtlicher Konsequenzen.

Stellvertretender Bürgermeister Preuß weist Frau Peetz und Frau Wermter, die Statements zum vorgenannten Sachverhalt abgeben, darauf hin, dass es sich um eine Einwohnerfragestunde handelt.

Herr Bohnen fragt, warum die Stadthalle nur bis Anfang des nächsten Jahres vermietet wird. Fachbereichsleiterin Singh antwortet, dass die Versicherung Anfang Januar 2011 ausläuft. Die Versicherung könnte nur dann verlängert werden, wenn die Brandschutzauflagen erfüllt werden.

Frau Pfeiffer erkundigt sich, ob es seitens der Stadt Wülfrath Bemühungen gab, Veranstaltungen in die Stadthalle zu holen.

Fachbereichsleiter van Hueth berichtet von den langjährigen Bemühungen. Zudem macht er deutlich, dass fast alle Veranstaltungen ein Zuschussgeschäft darstellen.

Frau Batz möchte wissen, ob es Alternativen zur Stadthalle gibt.

Fachbereichsleiter van Hueth antwortet, dass es einige Alternativen in Wülfrath gibt, wie z.B. das Paul-Ludowigs-Haus, Kirchen, Gemeindehaus, etc. Er macht nochmals darauf aufmerksam, dass die Bürgermeisterin die Einrichtung eines Pendelverkehrs angeboten hat.

Herr Diebel erkundigt sich nach der Miethöhe für das Dienstleistungszentrum. Kämmerer Ritsche antwortet, dass die Stadt Wülfrath mit ca. 622.000,- € /Jahr eine ortsübliche Miete für die angemieteten Räumlichkeiten zahlt.

Kämmerer Ritsche weist auf die Nothaushaltslage der Stadt Wülfrath hin, d.h. im Jahr 2010 konnte die Stadt keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Freiwillige Aufwendungen dürfen im Nothaushalt nicht geleistet werden. Hierauf hat die Aufsichtsbehörde, der Kreis Mettmann, in ihrer Stellungnahme zum Haushalt der Stadt Wülfrath ausdrücklich hingewiesen. Kämmerer Ritsche zitiert aus dieser Stellungnahme. Die Stadt ist aufgefordert, zeitnah einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen.

Kämmerer Ritsche erläutert weiter zum Dienstleistungszentrum, dass die Mietzahlungen dadurch verringert werden sollen, dass der Flächenbedarf verkleinert wird.

Herr Tertel gibt ein Statement zur Stadthalle und zum seinerzeitigen Rathausumzug ab.



**TOP 4** Bürgerbegehren "Rettet die Stadthalle"  
Vorlage: 32-013-2010

---

Stellvertretender Bürgermeister Preuß berichtet, dass eine Anfrage der DLW-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegt. Die Anfrage bezieht sich auf nicht-öffentliche Beschlüsse der Gesellschafterversammlung der Herminghaus-Stift gGmbH. In der Anfrage werden Zahlen zu Grundstücksgeschäften genannt, so dass die Anfrage nur nicht-öffentlich genannt und beantwortet werden kann. Die Ratssitzung müsste entsprechend unterbrochen und für die Öffentlichkeit geschlossen werden.

Fraktionsvorsitzender Dr. Homberg bekräftigt, dass die Antworten auf die Anfrage zur Entscheidung benötigt werden.

Ratsmitglied Sträßer schlägt vor, den nicht-öffentlichen Teil im kleinen Sitzungssaal stattfinden zu lassen.

Herr Preuß schließt die Öffentlichkeit aus und der Rat begibt sich in den kleinen Sitzungssaal.

**Nicht-öffentlicher Teil**

Der Rat begibt sich zurück in den Ratssaal und Herr Preuß eröffnet erneut den öffentlichen Teil zu TOP 4.

Fraktionsvorsitzender Dr. Homberg erläutert seine Stellungnahme zur Beschlussvorlage der Verwaltung und die Gründe, die seiner Auffassung nach für die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens sprechen. Die Stellungnahme ist als Anlage 1 beigefügt.

Frau Heiden, Vertreterin des Bürgerbegehrens, stellt dar, dass der Abriss der Stadthalle wegen der für das Einkaufszentrum benötigten Flächen erfolgt. Sie fordert dazu auf, gemeinsam an der Stadtentwicklung zu arbeiten und alternative Möglichkeiten für den Einzelhandelsstandort zu entwickeln. Sie zitiert aus Pressemitteilungen mit dem Tenor „Breite Bürgerbeteiligung“ und „Dem Volk mehr zutrauen“. Die Bürger wollen von Rat und Verwaltung ernst genommen werden.

Herr Schneider macht deutlich, dass es nicht die Intention des Rates ist, die Kultur in Wülfrath aufzugeben. Vielmehr werden die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung ernst genommen.

Die Verwaltung hat daher allein formal, nicht inhaltlich geprüft, ob das Bürgerbegehren den gesetzlichen Anforderungen genügt.

Herr Schneider erläutert die einzelnen Gründe, die dazu führten, dass das Bürgerbegehren als unzulässig angesehen wird, ausführlich.

Im Anschluss beantwortet die Verwaltung die Nachfragen der Ratsmitglieder. Kämmerer Ritsche erläutert auf Nachfrage von Fraktionsvorsitzendem Effert nach der Zukunft der Halle (Was wäre, wenn die Halle stehen bleiben würde?), dass aufgrund der aktuellen Haushaltslage keine Investitionen getätigt werden können. Analog zum alten Rathaus würde so ein weiterer Leerstand entstehen.

Fraktionsvorsitzender Hoffmann fragt, was mit dem Stadtentwicklungsprogramm und der weiteren Entwicklung der Innenstadt wäre, wenn die Stadthalle stehen bliebe. Fachbereichsleiterin Singh antwortet, dass das Stadtentwicklungsprogramm (STEP) gemeinsam mit den Bürgern erarbeitet wurde. Das Land fördert das STEP mit 70 %. Sie führt aus, dass in der Innenstadt große Verkaufsflächen fehlen. Die vorhandenen Verkaufsflächen sind nicht mehr zeitgemäß. Sie stellt heraus, dass mit dem Bau des Einzelhandelszentrums nicht die Wünsche der Investoren erfüllt werden sollen, sondern den Bedürfnissen der Wülfrather



Bevölkerungen nachgekommen wird.

Auf Nachfrage von Ratsmitglied Gatermann nach der möglichen Vernichtung von Vermögen beim Abriss der Stadthalle erklärt Kämmerer Ritsche, dass die Buchwerte der Gebäude, die in der Bilanz genannt werden, keine Verkehrswerte, d.h. keine Wert, die am freien Markt erzielt werden können, sind. Zudem stehen diesen Buchwerten Sonderposten (Fördermittel) in der Bilanz gegenüber.

Aufgrund der hohen jährlichen Einsparung und des dauerhaften Konsolidierungsbeitrages ist auch ein möglicher Buchwertverlust wirtschaftlich darstellbar.

Nach Beantwortung der Rückfragen der Ratsmitglieder geben die Fraktionen ihre Statements ab.

Ratsmitglied Romund appelliert für die DLW-Fraktion, das Bürgerbegehren zuzulassen. Bei ca. 2.500 Wülfratherinnen und Wülfrather Stimmen für den Erhalt der Stadthalle wird deutlich, was die Wülfrather möchten. Die Zahl der gesammelten Unterschriften entspricht ungefähr der Zahl der Stimmen, die die Bürgermeisterin bei der Bürgermeisterwahl bekommen hat.

Fraktionsvorsitzender Effert erklärt für die CDU-Fraktion, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Das Statement ist als Anlage 2 beigefügt.

Fraktionsvorsitzender Hoffmann führt aus, dass die SPD-Fraktion der nachvollziehbaren und einleuchtenden Begründung in der Verwaltungsvorlage folgen kann und daher das Bürgerbegehren für unzulässig erklärt wird.

Er macht deutlich, dass es nur um das Gebäude „Stadthalle“ geht, nicht um die Kultur in Wülfrath. Diese soll keinesfalls kaputt gemacht werden. Desweiteren bestätigt er, dass die Politik die Willensbekundungen der Wülfrather durch ihre vielen Unterschriften aufgenommen habe.

Fraktionsvorsitzender Hoffmann weist abschließend darauf hin, dass es auf keinen Fall zu einem Stillstand in Wülfrath kommen sollte.

Die WG-Fraktion wird, wie Fraktionsvorsitzender Mielke ausführt, der Verwaltungsvorlage zustimmen. Die Entscheidung ist niemandem leicht gefallen. Aufgrund der Entwicklung in den vergangenen 5 Jahren, in denen alle Versuche zum Erhalt der Halle unternommen wurden und scheiterten, wurde die jetzige Entscheidung mit allen Fraktionen kontrovers diskutiert. Die neue Mitte in Wülfrath bedeutet nicht nur ein neues Einkaufszentrum. Das gesamte Areal bis zur Schillerstraße soll überplant und bebaut werden. Mit den Mitteln aus dem Stadtentwicklungsprogramm und dem Konjunkturpaket sollen neue, seniorengerechte Orte und Ruhepole geschaffen werden.

Herr Mielke bekräftigt, dass nur der Ort „Stadthalle“ nicht aber die Kultur in Wülfrath wegfällt. Er weist darauf hin, dass Kultur auch der Umgang miteinander ist. Ratsmitglieder haben es nicht verdient, beschimpft zu werden.

Er plädiert dafür, die sich bietende Chance für Wülfrath zu ergreifen und zu nutzen.

Fraktionsvorsitzende Weskott erklärt für die Grüne-/WWG-Fraktion, dass dem Beschlussvorschlag zugestimmt wird. Die Stadt kann sich das Gebäude nicht mehr leisten. Für die Kultur in Wülfrath wird weiter gekämpft. Die „neue Mitte“ ist die einzige Chance für Wülfrath.

Fraktionsvorsitzender Franke, FDP-Fraktion, führt aus, dass riesige Anstrengungen unternommen wurden, um die Stadthalle zu erhalten. Jetzt ist aber ein Zeitpunkt gekommen, zu dem die Schuldnerberatung schon vor der Wülfrather Tür steht. Die Stadthalle könnte nur mit Einsatz erheblicher Finanzmittel gehalten werden, daher ist es jetzt an der Zeit, sich von liebgewonnen Dingen zu trennen. Die FDP-Fraktion wird den schriftlichen und mündlichen Ausführungen der Verwaltung folgen.



Stellvertretender Bürgermeister Preuß führt unter Bezug auf den DLW-Antrag aus, dass beide Vorschläge den gleichen Inhalt haben, einmal bejahend, einmal verneinend. Sein Vorschlag, über den Verwaltungsvorschlag abzustimmen, wird angenommen.

**Beschluss:**

Das Bürgerbegehren „Rettet die Stadthalle“ ist unzulässig.

**Abstimmungsergebnis**

Einstimmig	-
Zustimmung	31
Ablehnung	5
Enthaltung	-

Stellvertretender Bürgermeister Preuß stellt fest, dass damit der Beschluss des Rates vom 29.06./06.07.2010 umgesetzt wird.

**TOP 5** Mitteilungen und Anfragen

---

Fraktionsvorsitzender Effert fragt, welche nächsten Schritte i.S. Innenstadtentwicklung jetzt erfolgen. Fachbereichsleiterin Singh erläutert, dass der angekündigte Abbruchartrag zügig bearbeitet wird. Der geänderte Planentwurf wird dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Stadtentwicklung im Dezember vorgelegt.

Fraktionsvorsitzende Weskott fragt nach den Neuansiedlungen im Bereich Liegnitzer Straße. Die Antworten werden in der nächsten Ratssitzung im Dezember 2010 gegeben.



## **anwesend**

### **Ratsmitglied**

Herr Hans-Peter Altmann  
Frau Sieglinde Breekweg-Borgards  
Herr Stefan Buschatz  
Herr Hans-Joachim Czerwonka  
Herr Axel Effert  
Frau Barbara Enke  
Herr Heinz Franke  
Herr Siegfried Gartmann  
Herr Detlef Gatermann  
Frau Elisabeth Gawrych  
Herr Thomas Golob  
Herr Jürgen Hackenberg  
Herr Reiner Heinz  
Herr Andre Herbes  
Herr Horst Hoenke  
Herr Manfred Hoffmann  
Herr Dr. Frank Homberg  
Herr Carsten Klein  
Herr Jürgen Klein  
Herr Ralph Mielke  
Herr Stephan Mrstik  
Frau Angela Nadolski  
Herr Thomas Nolde  
Herr Axel Paul  
Herr Wolfgang Peetz  
Herr Herbert Romund  
Frau Birgitt Schmahl  
Herr Andreas Seidler  
Herr Martin Sträßer  
Herr Mario Sülz  
Herr Udo Switalski  
Herr Hans-Juergen Ulbrich  
Frau Tabea van Hueth  
Herr Axel C. Welp  
Frau Petra Weskott

### **stellv. Vorsitzende/r**

Herr Wolfgang Preuß

### **Verwaltungsmitarbeiter/in**

Herr Karsten Niemann  
Herr Rainer Ritsche



Herr Reinhard Schneider  
Frau Christiane Singh  
Herr Hans-Werner van Hueth  
Frau Silke Volz-Schwach

Wülfrath, den 15. November 2010

---

(Wolfgang Preuß)  
Stellvertretender Bürgermeister

---

(Silke Volz-Schwach)  
Schriftführer/in